

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

43. Jahrg.

Leipzig, Sonnabend den 9. September 1905.

№ 105.

Der Fleischwucher in Deutschland.

Die Zukunft wird schließlich dem Volke gehören, welches sich körperlich am widerstandsfähigsten und damit am wehrfähigsten erweist. Wer deshalb dafür kämpft, den Massen Leben und Gesundheit zu erhalten, der kämpft für die Stärke und die Zukunft unsers Vaterlandes.

Graf Posadowsky.

Posa, der Kollege des langen Möller und des biden Schweinezüchters Pöb, sprach diese Worte vor einigen Monaten zur Eröffnung der achten Hauptversammlung des Zentralkomitees zur Errichtung von Lungenheilstätten, und wir zweifeln auch gar nicht daran, daß es Posadowsky Ernst mit seinen Worten ist; aber was will diese einzelne Stimme im unverantwortlichen preußisch-deutschen Minister-rate bedeuten und vor allem gegenüber den Tatsachen, welche tagtäglich die oben zitierten Worte nach allen Regeln der Kunst zu Boden schlagen. War es doch dieser Tage erst der preußische Handelsminister Möller, der der Schutzkommission der Berliner Gastwirtsvereinigung persönlich u. a. erklärte:

„Man müsse auch bedenken, daß sich im allgemeinen der Wohlstand gehoben habe. Handwerker und Arbeiter verdienen jetzt das Doppelte des früheren Verdienstes. Daher seien ihre Bedürfnisse gestiegen. Statt zweimal wöchentlich, wollten sie jetzt täglich Fleisch essen. Der Minister riet den Gastwirten, ihre sämtlichen Preise um 10 Pf. zu erhöhen.“

Das ist eine echte, klassische, preußisch-ministerielle, kapitalistisch-agrarische Antwort! Agrarpolitik ist Reichspolitik, heißt es heute in Deutschland — und ein ergebener Vertreter der rückwärtsfesten Unternehmer mußte es sein, der diese höhnische Antwort nicht jener Schutzkommission allein, sondern dem ganzen Volke ins Gesicht schleuderte. Da ein preußischer Minister es ja nicht nötig hat, seine Behauptungen zu begründen, erübrigt es sich, den „großen“ Möller zu ersuchen, nachzuweisen, seit wann bei den Arbeitern deren Verdienst gegen früher um das Doppelte gestiegen ist. Muß das auch ein „allgemeiner Wohlstand“ sein, der es verbietet, täglich Fleisch zu essen! Solch ein unsinniges Begehren aber auch. Es ist ein Frevel, angesichts der Tatsache, daß die 15 Millionen in der Industrie und in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter nach den Angaben der verschiedenen Versicherungskassen nur einen Jahresdurchschnittsverdienst von 750 Mark und 800 000 Arbeiter gar nur einen Jahresdurchschnittsverdienst von 420 Mark erzielen, von einer Verdoppelung des Verdienstes zu reden. Wie hoch mögen da die Löhne früher gestanden haben? Und diese Arbeiter, die in den meisten Fällen bei einem solchen Einkommen noch Frau und Kinder zu ernähren haben und nicht selten auf längere oder kürzere Zeit der Arbeitslosigkeit ausgesetzt sind, sind so genußsüchtig, täglich Fleisch essen zu wollen?! Leider ist das eben nicht der Fall, wie ein oberflächlicher Blick schon auf die Lebenshaltung der Arbeiter zeigt. Und wenn in den meisten Arbeiterfamilien Fleisch auf den Tisch kommt, dann ist es ein verschwindend geringes Quantum und oft von zweifelhafter Qualität. Ist es doch ferner feststehende Tatsache, daß vielen Arbeiterfamilien sogar das Brot zu teuer ist und durch die des Nährstoffes entbehrende Kartoffel

erfetzt werden muß. So stieg z. B. der auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Konsum von Kartoffeln von 604,6 kg in 1901 auf 732,4 kg in 1902, der von Gerlingen von 3,59 auf 4,06 kg; dagegen verringerte sich der Verbrauch von Roggen von 147,6 auf 137,7, der von Weizen von 91,0 auf 85,9 kg. Wie mag es da erst in diesem Jahre aussehen! Und dabei, sagt der Handelsminister Möller mit eiserner Stirn, müsse man bedenken, „daß sich im allgemeinen der Wohlstand gehoben habe“! Der Rat dieses mit Recht in Deutschland verhassten Ministers — der vor einiger Zeit einmal sagte, daß er, so lange er auf seinem Posten stehe, mit allen Kräften sich gegen den gefährlichen Maximalarbeitsstag wenden werde — an die genannte Schutzkommission, die Gastwirte möchten ihre sämtlichen Preise um 10 Pf. erhöhen, erinnert an die Zeiten des Ancien régime, an jenes geschichtliche Wort der Königin Marie Antoinette, die auf den Hinweis, daß das Volk nach Brot schreie, mit den ganzen Raibetät eines dem Untergange geweihten Systems die Frage stellte: „Ja, warum ist das Volk dann nicht Kuchen?“ Der preußische Minister Möller kopiert im Jahre 1905 in widerlichster Weise den kindlichen Ausspruch jener unglücklichen Königin, und dabei hat dieser Mann im halbabsolutistischen Preußen ein Stück Staatsgewalt in seiner Hand, die er rücksichtslos zugunsten einer brutalen Ausbeuterklippe wirksam macht. Ein verblüffend einfacher Rat, das reine Ei des Kolumbus: man erhöhe die Preise und die Fleischnot ist gehoben! Wer will es da dem höfischen Schnurrenzähler Pöbdielski verübeln, wenn er der betreffenden Schutzkommission mit einer gottvollen Würstigkeit erklärte: „Mit der Einführung des Zolltarifes würde alles noch um etwas teurer werden, also sei das jetzige Geschrei ganz unnötig.“ Wenn man solche Offenbarungen liest, könnte man sich versucht fühlen, anzunehmen, die Wirtschaftspolitik unsrer Regierung sei eine schlechte Nachahmung eines Meerschweinchen- oder Ueberbretttheaters. Es sind also somit die besten Aussichten eröffnet, daß die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter nicht nur durch die gegenwärtige Fleischnot, sondern noch mehr durch den neuen Zolltarif — dessen Viehzölle die heutigen zum Teile um das Vier- und Fünffache übertreffen — weiter herabgedrückt, daß der an die Spitze dieses Artikels gefetzte Ausspruch Posadowskys in das Gegenteil verkehrt werden wird, wodurch die Arbeitererschaft immer kraftloser und leistungsunfähiger und auch die deutsche Industrie auf dem Weltmarkte empfindlich zurückgedrängt werden müßte.

Es wäre eigentlich überflüssig, unseren Kollegen überzeugend darzulegen, daß zugunsten der Agrarier die heute überall im Reiche herrschende Fleischnot künstlich heraufbeschworen ist und daß eine exorbitante Fleischteuerung existiert, denn der Haushaltetat in den Arbeiterfamilien sagt zur Genüge, wie es um die Fleischpreise steht. Aber im gegenwärtigen Augenblicke ist es Pflicht aller derer, die zu einer Öffentlichkeit in dieser Sache zu sprechen vermögen, ihre Stimme zu erheben, auf daß die Einheitlichkeit der Entrüstung und Empörung über das

schamlose Gebaren der „Edelsten und Besten“ ihre brandenden Wogen an das ministerielle Gestade treiben möge. Stellen wir zunächst einmal aus den vorliegenden amtlichen Statistiken fest, welchen Rückgang der Auftrieb und die Schlachtung von Schweinen im Jahre 1905 gegen das Jahr 1904 genommen haben. Nach Angabe der Schlachthofdirektionen von den 20 Städten: Berlin, Hamburg, Breslau, Magdeburg, Königsberg i. Pr., Stettin, Köln, Düsseldorf, Dortmund, Essen, Elberfeld, Barmen, Aachen, Chemnitz, Plauen, Zwickau, Frankfurt a. M., Mainz, München und Nürnberg sind von denselben im August 1904 237 015 Schweine, 1905 dagegen nur 199 522 geschlachtet worden, also 37 493 Schweine weniger als im August des Vorjahres. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß eine Steigerung in der Schlachtung von Rindern und Schafen nicht eingetreten ist, wie ja auch der Rinder- und Schafbestand seit 1873 beträchtlich abgenommen hat. Auf je 1000 Einwohner kamen im Jahre 1873 384 Rinder und 609 Schafe, 1900 dagegen nur noch 336 Rinder und 172 Schafe. Damit hat gleichen Schritt gehalten eine Erhöhung der Preise für Rind- und Hammelfleisch, so daß jetzt infolge der Absperrung der Grenzen und infolge des Fleischbeschaugesetzes von 1900 die Fleischpreise für den Arbeiter nahezu unerschwingliche sind. Sehr bezeichnend ist es auch, daß die Zahl der geschlachteten Ziegen in 1905 gegen das Vorjahr enorm gestiegen ist, nämlich in einem Zeitraume von einem halben Jahre von 181 180 in 1904 auf 259 607 in 1905. Nur die Fleischteuerung trägt die Schuld daran, daß der kleine Mann seine Ziege zur Schlachtbank führen mußte. Nach einer Zusammenstellung des Kaiserlichen statistischen Amtes über die Zahl der beschauten Schlachttiere wurden im ersten Halbjahre 1905 im ganzen Deutschen Reiche 7 051 680 geschlachtete Schweine beschaut gegen 7 908 721 in 1904, also ein Rückgang um rund 900 000 Stück! Dabei stellte diese Statistik ebenfalls fest, was weiter oben schon ziffernmäßig nachgewiesen, daß die Schafzucht von Jahr zu Jahr zurückgeht. Draufsch wird der Schweinemangel und die daraus resultierenden hohen Schweinepreise nachgewiesen durch die mangelnde Zufuhr auf den Viehmärkten. Wie der „Vorwärts“ feststellt, wurden an fünf Markttagen (19., 26. Juli, 2., 9., 16. August) im Jahre 1904 in 18 deutschen Großstädten 217 693 Schweine zum Verkaufe gestellt gegen 161 572 an den fünf entsprechenden Markttagen des Jahres 1905 — also trotz Zunahme der Bevölkerung 56 121 Schweine weniger. Die schärfsten Abnahmen gegenüber dem Vorjahre weisen Berlin, Breslau, Hamburg, Dortmund, Essen und München auf. Für diese Plätze ergeben sich für die fünf Markttag folgende Antriebsziffern:

	1904	1905
Berlin . . .	46 331	41 606
Breslau . . .	9 399	6 055
Hamburg . . .	32 484	5 709
Dortmund . . .	10 012	7 072
Essen . . .	12 842	9 504
München . . .	20 441	11 888
	131 512	81 864

Aber Pöbdielski spricht: Eine Fleischnot gibt es nicht!

In dem Vierteljahreshefte der Reichsstatistik werden die Preise nachgewiesen, wie sie sich im dem zweiten Vierteljahre der Jahre 1898 bis 1905 gestaltet haben. Greift man die Preise von Berlin, Dresden, Köln und Frankfurt a. M. heraus, so kostete an diesen vier großen Märkten im Durchschnitt der Monate April bis Juni ein Doppelzentner Schlachtgewicht:

	Zur 3-jährigen Durchschnitt 1898 bis 1900	Dagegen 1905	Die Steigerung beträgt
	Mt.	Mt.	Proz.
Rindvieh, durchschnittl.	127,9	142,7	11,6
Schweine vollschichtige	102,3	133,1	30,1
Hammerl, jüngere	125,7	146,4	16,5

Es ist hieran ersichtlich, wie vornehmlich die Fleischteuerung bei den Schweinen zugenommen hat bei gleichzeitigem Niedergange in der Konsumtion. Dabei besteht ohne jegliche Ausnahme und Untersuchung ein allgemeines Vieheinfuhrverbot aus ganzen Ländern und durch das Fleischbeschaffungsgesetz vom 3. Juni 1900 wird die Einfuhr billiger Fleischwaren, z. B. Würstwaren und Büchsenfleisch, ebenso die Einfuhr von Pöfelfleisch in Stücken unter acht Pfund, ganz verboten, obwohl die Einfuhr derartiger zubereiteter Fleischwaren vor dem Verbote recht beträchtlich war; so wurden z. B. 1899 39100 und 1900 55000 Doppelzentner Büchsenfleisch und außerdem 48600 und 38600 Doppelzentner Würste in Deutschland eingeführt. Die Tatsache läßt sich nun einmal nicht aus der Welt schaffen, daß die deutsche Viehproduktion hinter dem Bedarfe zurückgeblieben ist und die gefehlt zulässige Einfuhr für die Massen des Volkes das Fleisch zu einem Luxusartikel macht. Zwar ist die Einfuhr von Rindvieh aus Oesterreich-Ungarn, aus der Schweiz und Dänemark gestattet, aber nur über bestimmte Grenzstationen unter gewissen Quarantänenvorschriften und zur sofortigen Abschachtung in öffentlichen Schlachthöfen; dagegen ist die Einfuhr von Schweinen gänzlich verboten bis auf etwa 70000 Stück, die unter bestimmten Kautelen zur Abschachtung in Schlesien eingeführt werden dürfen und womit in Anbetracht dieser geringfügigen Zahl nur Oberschlesien gebient ist. Diese Einfuhrverhältnisse ist also nur ein Tropfen auf einen heißen Stein.

Die Fleischteuerung hat auch eine Zunahme in der Konsumtion von Pferde- und Hundefleisch zur Folge gehabt; daß auch Kaninchen- und Kanienschfleisch nicht verschmäht wird, ist allbekannt, nur lassen sich in dieser Beziehung keine ziffermäßigen Angaben machen. Nach der bereits erwähnten Zusammenstellung des Kaiserlich statistischen Amtes wurden im zweiten Vierteljahre 1905 im Deutschen Reiche 29123 Pferde geschlachtet. Preußen konsumierte 19636 (die Stadt Berlin davon 2893), Schlesien 3732, Rheinland 3523, Westpreußen 170, Ostpreußen 312. Bayern gebrauchte 2438, Sachsen 2445 Pferde zur Volksernährung, Hamburg 1053. Im Monate August wurden von den in der Berliner Zentralroschlächtereie geschlachteten Pferden 872 für den Verbrauch freigegeben, während im August 1904 die Zahl dieser Pferde sich auf nur 740 belief. Dabei steigt das Pferdefleisch ebenfalls ganz unbeschwert im Preise. Im Chennitz werden für ein Pfund Pferdefleisch, das früher 25 bis 30 Pf. kostete, jetzt 35 bis 40 Pf. bezahlt, für Würst 45 Pf. An den Freitagen und Sonnabenden soll in den Pferdefleischläden großer Andrang herrschen. Das Kaiserlich statistische Amt stellt ferner fest, daß im zweiten Vierteljahre 1905 939 geschlachtete Hunde beschaut wurden. Wie viele Rüter ohne Zuhilfenahme der gesetzlichen Fleischschau in die Pfanne gewandert sind, läßt sich statistisch nicht feststellen, aber bemerkenswert ist, daß als eine Wirkung der Fleischteuerung die in Berlin sich in letzter Zeit rapid mehrenden Hundebiebstähle angesehen werden. Der lauge Möller würde sagen, die Begehrlichkeit der Arbeiter verursacht die Zunahme des Hunde- und Pferdefleischkonsums, weil den Arbeitern das Rind- und Schweinefleisch für ihre verwöhnten Gaumen nicht mehr gut genug erscheint. Welche Wirkung die Fleischteuerung auch sonst noch im Gefolge hat, geht aus Zirkularen des Verbandes thüringischer und sächsischer Lederfabrikanten und der

Freien Vereinigung von Lederfabrikanten Mitteldeutschlands hervor. In diesen Zirkularen heißt es:

„Die Preise für Schlachtvieh haben einen enorm hohen Stand erreicht und es ist ganz zweifellos, daß die Futtermittelpreise infolge des zu erwartenden schwachen Angebotes ebenfalls stark anziehen werden. Um nicht weiter verlustbringend zu arbeiten, muß daher die Lederbranche die Preise um 3 bzw. 5 Mt. pro Zentner sofort erhöhen.“

Ein Anziehen der Preise für die Fußbekleidung wäre also eine weitere „Erzungenchaft“ unfrer Reichs- resp. Agrarierpolitik. Der gegen diese sich im Reiche von allen Seiten erhebende Protest wird auf die Dauer nicht, wie es Pod jüngst wieder getan, mit dem Hinweis auf die Seuchengefahr abgelehnt werden können, zudem diese Gefahr im großen und ganzen eine willkürlich konstruierte ist. Der die Schweinemast betreibende preussische Landwirtschaftsminister Poddzielki sollte überhaupt in seinen Behauptungen über ausländische Viehseuchen etwas vorsichtiger sein, denn er ist in dieser Beziehung schon einmal von einem seiner bayerischen Kollegen gründlich ad absurdum geführt worden. Im Jahre 1902 hatte Pod im preussischen Abgeordnetenhaus behauptet, daß Viehseuchen aus Bayern nach Preußen infolge mangelnder Grenzkontrolle eingeschleppt worden seien. Darauf antwortete der bayerische Minister des Innern, Herr v. Zeitlitzsch, sehr energisch, daß diese Angabe un- wahr sei. Die sanitäre Grenzaufsicht sei durchaus einwandfrei, und die Einfuhr in die Schlachthöfe vollziehe sich unter den weitgehendsten seuchenpolizeilichen Kautelen. Von 1896 bis 1902 sei keine Seucheneinschleppung aus Oesterreich in bayerische Schlachthöfe erfolgt. Dagegen seien im Jahre 1900 siebenmal, im Jahre 1899 sogar elfmal Seuchen aus Preußen nach Bayern eingeschleppt worden! Dieser peremptorischen Erklärung gegenüber wählte Pod den bessern Teil der Tapperei — und schwieg. Dafür leistete sich diese mit Vorliebe in Witzblättern auswählte Ministerfigur jüngst bei einem Agrarierbankett den feinen „Witz“, der Parteivorstand der Sozialdemokratie möchte doch einmal die Sache in die Hand nehmen und (es war der Vorschlag gemacht worden für die Stadt Berlin) 100 000 Schweine züchten. Wörtlich fuhr dann Pod fort: „Bebel hat mir, als ich noch im Reichstage saß, einmal ganz ernsthaft erklärt, er möchte, wie die agrarischen Verhältnisse kennen zu lernen, selbst einmal einen landwirtschaftlichen Betrieb leiten. Bei der Ernsthaftigkeit, die Herr Bebel eigen ist, bedauere ich, daß er seine Idee nicht zur Tat gemacht hat.“ Mit solchen saulen Mäßen geht ein preussischer Minister über eine so tiefenste Sache, wie es die Ernährung eines ganzen Volkes ist, hinweg; ein Minister, in dessen Hand es gegeben ist, ob das Volk gesund und wehrkräftig und arbeitsfähig bleibt, oder ob es an der Unterernährung zugrunde geht! Daß die Macht in die Hände des Pod gelegt ist, erweist eine Antwort des Reichskanzlers, die dieser einer Anzahl oberschlesischer Städte, welche um Öffnung der Grenzen für Schlachtvieh petitioniert hatten, gab. Fürst Bülow antwortete den Petenten, daß er sich außerstande fühle, den ausgesprochenen Wünschen Rechnung zu tragen, da eine Erhöhung des russischen Schweinekontingentes nur dem Landwirtschaftsminister — also Pod — zustehe. Pod aber ist selbst Schweinezüchter und Agrarier, und da die preussischen Junker nie an Selbstlosigkeit und übertriebener Bescheidenheit gelitten haben, macht Pod seine persönlichen und die Interessen seiner Klasse zu denen des Volkes — das er dann frivol und höhnisch an den Parteivorstand der Sozialdemokratie verweist. Na, von dieser Seite dürfte er nach Stich und Faden gebügelt werden, wenn erst die Pforten des Wallhofhauses sich wieder geöffnet haben.

Die unerhörten Preissteigerungen, welche die agrarische Politik zur Folge hat, ruft aber nicht nur die Arbeiter auf den Plan, und wir beschränken uns um der Durchschlagskraft der Gründe willen lediglich auf diejenigen Stimmen, die aus dem bürgerlichen Lager in Sachen des Viehwuchers laut werden. So veranlaßt das badische Miniiste-

rium des Innern bezirksamtliche Erhebungen über die Ursachen der Fleischnot. Die badischen Städte ersuchten die Regierung, beim Bundesrate Gegenmaßregeln zu beantragen. Der Berliner Stadtverordnetenversammlung ist von bürgerlicher Seite nachstehender dringlicher Antrag zugegangen:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen: 1. in Gemeinschaft mit der Versammlung bei den Reichs- und Landesbehörden um schnelle Maßnahmen zu ersuchen, a) zwecks Aufhebung des Einfuhrverbotes für gesundes Fleisch, b) zwecks Ermäßigung der Viehzölle, weil hierdurch allein eine dauernde und wirksame Abhilfe gegen die die Ernährung und Gesundheit des deutschen Volkes und mithin auch der Berliner Bevölkerung schädigende Fleischteuerung zu erwarten ist. 2. Eine gemeinsame Kundgebung der deutschen Städte im Sinne der durch die Anträge 1a und b erstrebten Ziele herbeizuführen.“

In ähnlichem Sinne ist in der Charlottenburger Stadtverwaltung und in der Berliner Vorortsgemeinde Weißensee diese Angelegenheit auf die Tagesordnung gestellt, ferner hat der Stadtrat in Leipzig beschlossen, bei der Staatsregierung um schnelle Abhilfemaßregeln zu bitten; der Dresdener Gesamtstadtrat beschloß, bei der sächsischen Staatsregierung und dem Reichskanzler dahin vorstellig zu werden, daß Maßnahmen getroffen werden zur Behebung der Fleischteuerung und Fleischnot. Es soll dabei darauf hingewiesen werden, daß es sich empfehlen dürfte, die dänische und französische Grenze für die Vieheinfuhr zu öffnen und die Einfuhr von Schweinen aus Italien zu erleichtern. Die Stadtverordneten von Hof i. B. und Darmstadt verlangen von der Landes- und Reichsregierung entscheidende Schritte zur Abhilfe. In Darmstadt erklärte der Oberbürgermeister Mornweg, daß sich die Landwirtschaft durch Ueber-treibung der Seuchengefahr maßlos hohe Preise gesichert habe. In Königshütte teilte der erste Bürgermeister Stolte mit, die Kommission der interessierten sieben Schlachthausgemeinden habe eine Audienz bei Bülow nachgesucht, aber noch keinen Bescheid erhalten, was bekanntlich auch eine Antwort ist. In Offenbach beschloß die Stadtverordnetenversammlung, während der Dauer der Fleischnot das Oktroi auf Fleisch und Fleischwaren aufzuheben. In Stuttgart nahm der Gemeinderat eine Resolution Sperfa-Dietrich an, welche die Öffnung der Grenzen für die Einfuhr ausländischen Schlachtviehes fordert und die württembergische Regierung beauftragt, ihren Einfluß im Bundesrate ungefäumt und energisch in dieser Richtung geltend zu machen. Ein Konservativer behauptete, es würde nicht alles verkauft, was im Stuttgarter Schlachthaus auf den Markt gebracht würde. Der stellvertretende Bürgermeister wies diesen Einwurf mit dem Hinweis darauf zurück, daß das angebotene Fleisch derartig sei, daß die Metzger es schon im Interesse der Gesundheit der Konsumenten zurückweisen müßten. Der Führer der Düsseldorfer Zentrumsparlei und Obermeister der Metzgerinnung, Citel, bezeichnete in einem Referate über die Fleischnot die Auslassungen der Zentrumspresse, daß die Fleischproduktion in Deutschland genüge, als total falsch. Allein Düsseldorf habe einen so großen Fleischbedarf, daß in der ganzen Rheinprovinz in einem Jahre nicht so viel Ochsen und Kühe produziert werden, wie Düsseldorf in zwei Monaten brauche. Wenn von der Zentrumspresse behauptet werde, daß der Zoll die Viehpreise nicht verteuere, so seien diese Behauptungen als unrichtig zu bezeichnen, das Ausland trage die Frucht und liefere trotzdem das Vieh noch billiger wie die deutschen Landwirte. Nur im Interesse der Großgrundbesitzer bestehe die Grenz- oder vielmehr Seuchensperre; durch Zahlen ließe sich nachweisen, daß kein Viehstand verschlechtert ist als der deutsche, die Seuchengefahr würde nur an die Wand gemalt. In einer Statistik werde behauptet, daß die Vermehrung der Fleischproduktion in Deutschland mit der Vermehrung der Bevölkerung gleichen Schritt gehalten habe. Er wolle die Richtigkeit der Statistik nicht anzweifeln, zahlenmäßig möge in der Tat die Ver-

mehrung in der Anzahl der Stücke der Zunahme der Bevölkerung entsprechen, aber das Durchschnittslebensgewicht sei bedeutend zurückgegangen. In Deutschland werde heute ein förmlicher Klau- bau mit der Fleischproduktion getrieben, von einer Mast sei keine Rede mehr, die Qua- lität des Fleisches lasse bedeutend nach. Zum Schlusse stellte er den Antrag, die Bezirksvereine der Metzger sollen gemeinsam die Deffnung der Grenze fordern, gleichzeitig sollen dieselben an maß- gebender Stelle dafür eintreten, daß der neue Zoll- tarif am 1. April 1906 noch nicht in Kraft tritt. Sämtliche Diszussionsredner stellten sich auf den Standpunkt des Obermeisters. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Wie hier dieser Zentrumsmann, sind es auch anderswo Leute, die nicht in dem Verdachte stehen, den Staat umstürzen zu wollen, welche sich gegen den Fleischwucher wenden. So wurde dieser Tage in Myslowitz eine Konferenz der Magistrate der ober-schlesischen Städte abgehalten, an welcher auch der Vorsitzende des Berg- und hüttenmännischen Vereins, Generaldirektor Willige-Kattowitz, teil- nahm, und festgestellt, daß durch die Fleischsteuerung der Fleischverkauf um 30 bis 35 Proz. geringer geworden und daß eine fünfköpfige Arbeiterfamilie täglich 40 bis 50 Pf. für Fleisch und Fett mehr auszugeben gezwungen sei. Es wurde beschlossen, nochmals eine Petition an den Reichskanzler Fürsten Bülow zu richten. — Aus dem Maingau- gebiete wird der „Leipz. Volksztg.“ geschrieben: „Zur Wahrung ihrer Interessen sind die Metzger in Frankfurt, Offenbach, Mainz, Darmstadt ganz bedeutend mit den Preisen für Fleisch aller Art in die Höhe gegangen. Namentlich das Schweinefleisch hat eine für Arbeiter geradezu unerschwingliche Steigerung erfahren. Gewöhnliches Schweinefleisch kostet zurzeit in Frankfurt das Pfund 95 Pf., Solberfleisch und Koteletts 1 Mk., Dörrfleisch 1,20 Mk., Frikandeau 1,40 Mk. Rindfleisch kostet das Pfund 85 Pf., bessere Qualitäten entsprechend mehr. Dabei sind die Metzger in einer feinswegs beneidenswerten Lage. Wer nicht kapitalkräftig ist, geht zugrunde. In Frankfurt sind innerhalb der letzten drei Monate 31 Metzger zugrunde gegangen, d. h. sie haben ihre Läden schließen müssen. Und das darf nicht wunder nehmen, wenn man hört, daß am Frankfurter Viehmarke das Pfund Schlacht- gewicht für Schweine 75 Pf. kostet.“ — In Chemnitz waren auf dem letzten Viehmarke die Schweinepreise so hohe, daß eine Anzahl Fleischer überhaupt keine Schweine kauften. Für den Zentner Schlachtgewicht wurden 80 Mk. verlangt. Einige erklärten, daß sie ihren Vorrat aufarbeiten und dann das Geschäft schließen wollten, mit Verlust zu verkaufen hätten sie keine Lust. Die Kundenschaft habe sich schon sehr verringert. — In Dresden ist der Fleischverbrauch im Juni 1905 um etwa 25 Proz. gegen den Monat Mai zurückgegangen; 190 Dresdener Fleischermeister richteten an das Ministerium des Innern eine Petition, in der um Abhilfe der Fleischnot ersucht wird. Von dem Er- folge dieser Petition wollen es die Meister ab- hängig machen, ob sie ihre Läden schließen oder nicht. Die dortige Fleischerinnung veröffentlicht in Dresdener Blättern eine Erklärung, in der es u. a. heißt:

„Was nun gute Schlachtware an Rindvieh anlangt, so ist leicht nachzuweisen, daß seit Jahren schon Dresden und mit ihm viele andere größere Städte nur schwer mit dem nötigen Bedarfe in der gewöhnlichen Güte ver- sorgt werden können, selbst unter Hinzurechnung der aus Oesterreich eingeführten Mastochsen. Infolgedessen sind auch die Preise, welche für die hier allgemein ver- langten erstklassigen Rinder vom Fleischer gezahlt werden müssen, seit Jahren derartige, daß sie im Vereine mit den bedeutenden und immer größer werdenden Regie- kosten ein nutzbringendes Geschäft vollständig aus- schließen.“

Unsre feinerzeit gehegte Hoffnung auf Besse- rung der damals herrschenden Zustände hat sich leider nicht erfüllt, wird wohl auch in nächster Zeit infolge der in Aussicht stehenden Erhöhung der Zölle kaum in Erfüllung gehen.“

In einer Sitzung der Ausschüsse der Münchener vereinigten Innungen des Metzgergewerbes

wurde mitgeteilt, daß innerhalb der letzten Woche nicht weniger als dreißig Münchener Schlächter- meister, darunter altrenommierte Firmen, die ihr Geschäft 20 bis 30 Jahre und teilweise noch länger in München ausgeübt hatten, gezwungen waren, ihre Läden zu sperren, da die bisherigen Fleisch- preise schon lange Zeit mit den Vieheinkaufspreisen nicht annähernd mehr im Einklange gestanden hätten.

Die deutschen Fleischermeister waren am 6. September zu einer Protestversammlung in Berlin zusammengekommen. Nach Berichten der bürger- lichen Presse war der große, fast 2000 Personen fassende Saal der „Konfordinale“ überfüllt, so daß alle Nebenräume zu Hilfe genommen werden mußten. Trotzdem harrten noch viele vor der Eingangstür. Soweit sich bis jetzt feststellen ließ, waren aus den meisten Städten Deutschlands Vertreter erschienen. Der erste Hauptredner zu dem einzigen Gegenstande der Tagesordnung „Vieh- und Fleischsteuerung“ war der erste Verbandsvorsitzende der deutschen Fleischer- meister, Wiegand aus Nordhausen. Einleitend hob er hervor, daß ein Minister, der doch gewiß kein kärgliches Gehalt beziehe, betont habe, daß er die Fleischnot verpüre! Er vermahnte die Fleischer dagegen, daß sie leichtsinnig eine Deffnung der Grenzen verlangten. Nach weiteren statistischen Darlegungen, in denen der Redner nachwies, daß Herr v. Bobbielski nur die große Masse irreführte, rief er der Regierung zu, sie möge die Fleischnot lindern, nicht nur im Interesse der Schlächter und der Wurstindustrie, sondern auch der gesamten Be- völkerung. Eine im Sinne des Referates gehal- tene Resolution fand einstimmige Annahme.

Der famose Vorschlag des langen Möller, die Gastwirte möchten einfach ihre Preise um 10 Pf. erhöhen, findet eine derbe Zurückweisung durch den Internationalen Verein der Gastwirte in Köln, welcher sich mit einer Eingabe an den Landwirt- schaftsminister gewandt hat, in der u. a. gesagt wird:

„Alle diese Preissteigerungen drücken gewaltig auf das Hotel- und Restaurantgewerbe als Großverbraucher, dem es ver sagt ist, seine Preise für die Speisen im Handumdrehen der Marktlage anzupassen, und gegen den alle Welt sofort mit aller Kraft mobil macht, wenn er nur Wiene zeigt, einen Ausgleich herbeiführen zu wollen.“ Schon früher bei den billigeren Preisen ist die Küchenabteilung stets das Schmerzens- kind in unserem Gewerbe gewesen, und dieser für viele Geschäfte schon ruinös gewordene Zu- stand droht sich unter den nunmehrigen Umständen zu einer Katastrophe von unabsehbarer Wirkung aus- zuwickeln.“

Bemerkenswert ist auch, daß in streng katho- lischen Gegenden, so z. B. in Aachen, M.-Glad- bach, massenhaft besuchte Volksversammlungen ein- mittig gegen den Fleischwucher pläbieren. In Leipzig hielt jüngst der Evangelische Arbeiter- verein eine zahlreich besuchte Versammlung ab, in welcher der Referent ausführte, daß die Fleisch- preise eine so exorbitante Höhe erreicht hätten, daß der Fleischgenuß für viele unmöglich geworden sei. Aber weder die Einzelregierungen noch die Reichs- regierung täten etwas, um dieser Katastrophe abzu- helfen. Daß dies nicht geschehe, liege einzig an dem einseitigen und merkwürdigen Standpunkte, den der preussische Landwirtschaftsminister zu dieser Frage einnehme und der lediglich dem Interesse ost- elbischer Großgrundbesitzer diene. Wenn die Reichsregierung tatsächlich der Fleischnot zu steuern beabsichtigte, müßte sie endlich aus dem Stadium der Erhebungen und Erwägungen heraustreten und die Grenzen für gesundes Fleisch öffnen. Leider werde aber die unverantwortliche Interessenpolitik Bobbielskis auch von dem Reichskanzler ge- duldet, so daß eine wirkliche Maßnahme der Reichsregierung kaum zu erwarten sei.

Von Interesse — weil von intimen Sachkenntern herrührend — ist eine Kundgebung der zurzeit in Leipzig versammelten Vertreter des Zentralver- bandes deutscher Fleischergehilfen, deren Re- ferent über die Wirkungen der Fleischnot ausführte:

„Ein Schrei der Entrüstung ginge durch das deutsche Volk über das Verhalten der Reichsregierung zu der gegenwärtigen Fleischnot. Es sei geradezu erschau- lich, wie man in Berlin an den grünen Tischen behaupten

könne, es existiere keine Fleischnot. Dem Zustande müsse auf alle Fälle ein Ende gemacht werden. Gerade der Zentralverband der Fleischer sei in allererster Linie verpflichtet, einen Protest nach Berlin zu senden, denn die Fleischergehilfen hätten mehr wie die übrige Bevöl- kerung durch die Miere zu leiden, habe doch durch die Fleischnot die Arbeitslosigkeit im Fleischer- gewerbe einen Grad erreicht, der alles bisher Da- gewesene in den Schatten stelle. Viele Tausende von Fleischergehilfen lägen arbeitslos auf der Straße, ja ein ganzes Gewerbe ginge seinem Ruine entgegen.“

Der Humoristika halber sei noch erwähnt, daß das „Berliner Tageblatt“ den Berliner Stadt- verordneten den Rat erteilt, sie möchten sich direkt an den König von Preußen wenden, „der sein Ohr dem Notschreie des Volkes gewiß nicht ver- schließen wird“. Wir wollen gar nicht einmal unterfragen, ob der König von Preußen verfassungs- mäßig berechtigt ist, hier Maßnahmen anzuordnen, aber die Berliner Liberalen, die nichts gelernt und alles vergessen haben, scheinen nicht zu wissen, daß Fürst Bülow in hoher Gunst bei Hofe steht, daß Bod ein guter Statistiker sein soll und daß außer- dem die preussische Junkersippe bei Hofe den Köffel in der Suppe hat. Von allen anderen Imponde- rabilitäten ganz zu schweigen.

Wenn auch das System der gegenwärtigen Agrarpolitik, die Vorherrschaft der Junker in Preußen, die Ursache für den Fleischwucher in Deutschland bildet, so kann man doch auch dem bayerischen Minister des Innern nicht ganz Unrecht geben, wenn er darauf hinweist, daß auch der Zwischenhandel nicht ganz unschuldig an den hohen Fleischpreisen ist. Der Minister sagt dar- über: „Es ist keine Seltenheit, daß Schlachtvieh erst aus vierter Hand an den Metzger kommt, ein Mißstand, dem wirksam nur durch Einrichtung von genossenschaftlichen oder gemeindlichen Schlächtereien, Einkaufsgenossenschaften usw. begegnet werden könnte.“ Das ist freilich richtig, wenn nur die bürgerlichen Vertreter im Münchener Stadtparlamente dafür zu haben wären. Ueber den gerade im Münchener Viehhoft ausgeübten Terrorismus und über den Einfluß auf die Preisbildung durch den Zwischenhandel hat schon im Jahre 1894 der Redakteur der „Münch. Post“, Eduard Schmidt, durchschlagendes Material geliefert; wenn wir uns recht erinnern, mit dem Erfolge, daß Schmidt sich auf drei Monate in Staatspension begeben mußte. Aber Recht hatte er doch. Es liegt eben in unserm Wirtschaftssy- stem, daß jeder, wo er die Möglichkeit findet, sich auf Kosten des andern bereichert. Die Kon- kurrenz unter den Fleischermeistern sorgt aber immer wieder dafür, daß bei diesen ein Ausgleich der Fleischpreise eintritt. Den Fleischwucher verschul- det aber in der Ursache die Ausbeutungspolitik der Agrarier, die den Reichskanzler und die ganze Re- gierung in der Tasche haben. Dazu der politische Stumpf sinn des sogenannten Mittelstandes, der sich von den ausbeutenden Scharfmachern nur noch gegen die Arbeiter hegen läßt, die, um solche Fleischpreise bezahlen zu können, mit zwingender Notwendigkeit eine Verbesserung ihrer kümmerlichen Lohnverhältnisse erstreben müssen. Und während so der Mittelstand seinen wirklichen Bundesgenossen gegen die preussischen Junker verkennt, schöpfen diese unter einem kolossalen Aufwande von nationaler Phrasen das Fett ab, und kommt wirklich aus den „staatszerhaltenden“ Kreisen des Mittelstandes ein schädlicherer Protest gegen diese räuberischen Ma- zimen, werden die Petenten — bei einem richtigen Deutschen erschöpft sich sein staatsbürgerliches Recht in Petitionen — angeschauzt wie Rekruten auf dem Kasernenhofe: „Wozu das unnötige Geschrei, wenn der Zolllarif in Kraft tritt, wird alles noch viel teurer werden!“

Mit welcher Frechheit sich die Agrarier als Herren im Reiche fühlen, geht am besten aus ihrem Organ, der „Deutschen Tageszeitung“, her- vor, in welchem ein Bursche in der unverstäm- testen Weise zu subeln wagt:

„Die unmittelbare Veranlassung zu dem un- gewöhnlich harten Fleisch- namentlich Schweinefleisch- verbande ist folgende: In erster Reihe ist die

Arbeiterfrau keine Hausfrau und hat keine Ahnung vom Kochen. Ja, es gibt Mädchen, die in die Ehe tretend, kaum einen Topf Kaffee, welches Genußmittel leider eine große Rolle spielt, oder einen Topf Kartoffeln kochen können. Wurst und immer wieder Wurst, das ist das Geheißnis und zugleich die Erklärung des starken Schweinefleischkonsums. . . Ist es doch so bequem, ein Stück Rotwurst, auch Knoblauchwurst, in einen Topf mit Sauerkraut und Kartoffeln zu tun, und das Mittagsmahl ist fertig. Das sind aber noch Ausnahmen — das üblichste ist Wurst und — nicht etwa Brot. O wo! Semmel muß es sein! Das schmeckt ja so gut und macht so gar keine Arbeit. Die Wurst macht der Fleischer, die Semmel bäckt der Bäcker und die Suppe, nun, die macht der Brauer. Wer wird sich denn mit dem Kochen einer Suppe plagen, ist doch das Bier ein herrlicher Ersatz dafür und erparat das Kochen. Neuerdings hat sich eine kleine Abwechslung bemerkbar gemacht: das gehackte Fleisch als Sonntagsbraten. Auch das erfordert wenig Arbeit und Kunstfertigkeit, schmeckt mit Kraut und Rüben ganz gut, und vor allem macht das Gericht keine Arbeit. Daß das gehackte Fleisch, ebenso wie die Wurst, bedeutend mehr kostet, kommt dabei nicht in Betracht: der Mann verdient ja genug! Erbsen, Bohnen, Linjen, Hirse, alle Arten von Gebräue stehen auf dem Küchensettel unsrer armen Arbeiterbevölkerung nicht, vom Gemüse ganz zu schweigen. Diese Nahrungsmittel werden verächtlich behandelt und bilden wirklich nur eine Ausnahme in den Haushaltungen vernünftiger, die Ausnahme bilden der Elemente. Das leidige, tatsächlich völlig ungerechtfertigte Geschrei um die Fleischnot würde aufhören, oder vielmehr gar nicht vorkommen, wenn unsere Arbeiterfrauen zugleich Hausfrauen wären.

Sollte man nicht einem solchen Wuden ein paar hinter die Böffel geben, denn eine andre Form in der Auseinandersetzung mit einem solchen Drecksack wäre durchaus unangebracht. Dieser „ganz gewöhnliche Hausknecht“ — um ein Dresdener Zitat zu gebrauchen —, der sich da für etliche Silbergrößen bei den Agrariern nach § 175 des Reichsstrafgesetzbuches widernatürlich prostituiert, spricht aber nur die grenzenlose Verachtung und Verhöhnung aus, die bei den Nachkommen der mittelalterlichen Strauchdiebe und adeligen Vaterlandsverräter von 1806 das ganze Verstandnis für die erwerbstätigen Schichten unsers Volkes ausmacht, dessen Begehrlichkeit den Gipfelpunkt erreicht hat in einem Mittagsmahl von Knoblauchwurst, Sauerkraut und Kartoffeln!!

Und Pod ist immer noch Trumpf in deutschen Landen!

Korrespondenzen.

D. Hagen i. W. Zu der am 27. August in Wetter a. d. Ruhr abgehaltenen dritten Bezirksversammlung waren erschienen aus Arnberg 1, Gevelsberg 4, Hagen 35, Haspe 1, Hohenlimburg 2, Hemer 3, Herlohn 13, Südenscheid 11, Neheim 1, Bietzenberg 1 und Wetter 3 Kollegen sowie ein Kollege als Gäst und zwei Nichtmitglieder. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des in Hagen verstorbenen Kollegen Johannes Krenmel in üblicher Weise gelehrt. Nach Erledigung einiger Mitteilungen erstattete der Kassierer den Kassenbericht. Die Kasse bilanzierte in Einnahme und Ausgabe mit 3821,46 Mark. Dem Kassierer wurde laut Antrag der Revisionen Decharge erteilt. Hierauf erstattete in dreiviertelstündiger, ausgedehnter Rede Gauverwalter Müller-Ossen den Bericht über die Generalversammlung in Dresden. Derselbe ernete am Schlusse seines ausführlichen und sehr verständlichen Vortrages reiches Beifall. Eine Diskussion hierüber wurde nicht beliebt. Der Vorsitzende dankte dem Referenten für seine vorzügliche Berichterstattung und konstatierte gleichzeitig das Einverständnis der Versammlung mit den gefassten Beschlüssen der Generalversammlung. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung ging Herlohn aus der Wahl hervor. Nachdem noch einige Angelegenheiten unter Berücksichtigung der Gauverwalter erörtert wurden, wurde der Arbeitsnachweisverwalter die Kollegen, die Geschäftsordnung der Arbeitsnachweise einer größeren Beachtung zu würdigen, schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf den Verband die Versammlung.

Leipzig. (Mitgliederversammlung vom 25. August.) Nach Erledigung der üblichen Vereinsmitteilungen teilte der Vorsitzende mit, daß in einer größeren Firma bisher zwei Notationsmaschinen von einem Maschinenmeister besetzt wurden und während der Krankheit desselben vom Hilfspersonal. Nach Vorstellwerden des Vorstandes bei der betreffenden Geschäftsleitung wurde Abhilfe zugesagt und soll sichern Vernehmen nach auch in nächster Woche die Anstellung eines zweiten Notationsmaschinenmeisters erfolgen. Ein interessanter Fall fand noch eingehende Besprechung. Ein Maschinenmeister Klinge hatte verschiedene Wochen in der nichttariftreuen Firma Hirschfeld konditioniert, war dort weggegangen und hatte in einer

hiesigen tariftreuen Druckerei Engagement gefunden. Die Vertrauensleute wurden sofort nach Bekanntwerden dieses Umstandes bei der Leitung vorstellig, fuhend auf den § 52 des Tarifes, der solche Gehilfen ein Jahr lang von sämtlichen tariflichen Arbeitsnachweisen und logischerweise auch von ebenjohlichen Firmen ausschließt, und erreichten auch die Entlassung des Klinge am selben Tage. Nicht zum wenigsten mag die Nachgiebigkeit dieser Geschäftsleitung, die sonst „nicht gerade so ist“, darauf zurückzuführen sein, daß während der Verhandlungen der gesamte Betrieb „stand“. Mögen sich manche andre Personale hieran ein Beispiel nehmen. Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf ein Schreiben der „Zweiten Krankens- und Begräbniskasse für Buchdrucker zu Leipzig“. Die Mitglieder dieser Kasse, die mit einzelnen Ausnahmen von jeder am Orte die rüchändigsten und verbandsfeindlichsten Elemente vereinigte, hatten in ihrer letzten Generalversammlung einen Beschluß dahingehend gefaßt, die gesamte Klasse in den Verband zu überführen. Zur Führung der Verhandlung mit den diesseitigen Funktionären hatte man eine Kommission eingesetzt und daß zur Beratung stehende Schreiben war eben der Extrakt dieser Kommission. Welchen Illusionen man sich hingeeben hat, mag daraus hervorgehen, daß man einen guten Verlauf der ganzen Sache selbstverständlich davon abhängig machte, daß die Rechte der Invaliden und Witwen unsererseits garantiert würden, für ebenso selbstverständlich hält man es, daß die erworbenen Rechte der Mitglieder in der Prinzipalstasse, der sie zum größten Teile angehören, gewahrt bleiben“ (!). Ins Deutsche überetzt heißt das: Wir mögen wohl den Verband (um unsre Invaliden und Witwen loszuwerden), aber sein gewerkschaftliches Programm wollen wir nicht. Kollege Engelbrecht beleuchtete kritisch den Vorschlag, hinweisend auf die schon mehrjährige Stagnation in der Zahl der Mitglieder, die immer größer werdenden Zuschüsse seitens der Prinzipale und den abnorm hohen Invalidenstand, aus all diesem resultierend, daß der „Zweiten Kasse“, da ihr der Zutritt junger Elemente vollständig fehle, in absehbarer Zeit ein unrückliches Ende bevorstehe. Er betrachtete diesen Versuch lediglich als ein finanztechnisches Manöver und erklärte namens des Gauverbandes, daß sich derselbe zu nichts herbeilassen könne, weshalb dieser Antrag der Versammlung unterbreitet würde. Zur Diskussion gestellt, wurde ein Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung einstimmig akzeptiert. Der nächste Punkt brachte eine Besprechung über den neu zu besetzenden Posten des Gauassessors. Die Versammlung stimmte hier einem Vorschlage des Vorstandes zu: Der Posten wird für Leipziger Gaumitglieder ausgeschrieben; eine aus vier Vorstandsmitgliedern, der Revisionskommission und vier aus der Versammlung zuzuwählenden Mitgliedern bestehende Kommission soll die Eingänge sichten und prüfen und dann einer Generalversammlung eine Anzahl von Kandidaten zur Urwahl unterbreiten. Gleichzeitig soll dieser Kommission die Ausarbeitung eines Gehaltsregulativs für unsre angestellten Beamten und Hilfsbeamten übertragen werden. Hierzu gelangte ein Antrag zur Annahme, der für die verantwortlichen Beamten ein Anfangsgehalt von 2100 und ein Höchstgehalt von 2800 Mark festsetzt. Ausgeschlossen wurde der Obermeister Weinberg bei B. O. Teubner, wegen dessen rigorosen Vorgehens wir schon zwei Kollegen als gemäßigtere anerkennen mußten; auch hat Weinberg der Aufforderung, vor dem Vorstande zu erscheinen, wiederholt keine Folge geleistet. Der Ausschlußantrag wurde gegen eine Stimme angenommen. — Am 11. August sprach in einer leider nur schwach besuchten Versammlung der Kollege Währe-London über „Englische Trades-Unions“. Da dieser sehr interessante und zeitgemäße Vortrag als selbständiger Artikel erscheinen wird, erübrigt sich ein Eingehen darauf an dieser Stelle.

Stundschau.

„Aus Ostelbien“ teilt sich ein Artikel in dem Organe des Gutenbergbundes, der sich in der üblichen Weise gegen die in Nr. 93 des „Corr.“ gemachten Ausführungen über die Segetinnenpläne in Ost- und Westpreußen und die vollständige Passivität des Bundes dieser drohenden Frage gegenüber wendet. Anlaß zu diesen Auseinandersetzungen gab eine Einfindung in der „Zeitschrift“, worin nach Aufführung der auch von uns als unerbaulich bezeichneten Zustände (wir lenken in zitiertem Notiz auch die Aufmerksamkeit der Tarifbehörden darauf) gefragt wurde, warum die Gehilfenvereinigungen diesem Treiben tatenlos zusehen. Unsere Darlegungen, daß die wie immer in ähnlichen Fällen starke Reize des Gutenbergbundes allen guten Absichten von Verbandsseite hindernd im Wege stehe, überhäufte der Artikelschreiber Z. in „Typ.“ nun mit dem wohl bekannten Befahrer voll Schmähungen des Verbandes und mit Herausstreichungen des Bundes, gegen die das berühmte Fortschrittslein nur ein Kindeslallen ist. Uns mit dem wie alle seine Verbandsstörer in „Typ.“ mehr komisch als ernst zu nehmenden Z. groß auseinanderzusetzen, fehlt uns wegen der geringen geistigen Qualifikation desselben jedwede Lust, wir werden deshalb einer Zuschrift von einer Stelle in Ostpreußen Raum geben, die von den dortigen Beschäftigten und dem passiven Verhalten der Bändler bessere Kenntnis hat als der Artikelschreiber Z. in „Typograph“. Dieser Kollege schreibt uns nämlich jetzt aufgefordert das Folgende: In dem Artikel „Aus Ostelbien“ in Nr. 35 des „Typograph“ lese ich die Worte: „Oder daß in Allenstein, wo ebensoviele Verbändler wie Bändler sind, zwölf Segetinnen

gehalten werden . . .“. Hierzu möchte ich bemerken, daß in Allenstein nur eine Druckerei ist, in welcher Verbändler stehen. Dieses ist die von Garich. In derselben werden beschäftigt: zehn Verbändler, zwei Bändler und vier Segetinnen. Infolge Vorstelligwerdens unsers früheren Gauvorsitzenden Köhler hat Garich die allmähliche Abschaffung der Segetinnen versprochen und nur aus diesem Grunde wurde von uns nicht gegen die Aufnahme desselben in das Tarifvergehnis protestiert. In diesem Jahre ist denn auch die Zahl von fünf auf vier reduziert worden. Da eine Segetmaschine kürzlich in Betrieb gestellt ist, sollen weitere Entlassungen folgen. Durch die Tätigkeit der Verbändler auf dem Verhandlungswege werden also hier bessere Zustände herbeizuführen versucht. Angenommen nun, daß, wie der „Typograph“ schreibt, die Zahl der Verbändler und Bändler gleich groß wäre, so stehen in den anderen Druckereien acht Bändler und acht Segetinnen! Daß die Bändler hier etwas zur Verringerung der weiblichen Arbeitskräfte tun, ist nicht gut anzunehmen, denn deren Zahl ist noch dieselbe wie zu Anfang des Jahres. Das Hinweisen auf das Segetinnenunwesen ist also die einzige, aber wenig nützliche Tätigkeit der Bändler in dieser Sache. In Zusterburg sind neuerdings zwei tariftreue Druckereien, in denen sieben Verbandsmitglieder, ein Bändler und keine Segetinnen beschäftigt werden. Weitere vier Verbändler und zehn Bändler stehen in zwei anderen nichttariftreuen Druckereien, in denen 30 bis 35 Segetinnen beschäftigt sind. Diese unsere vier Mitglieder können allein natürlich nichts in der Sache tun, hauptsächlich nicht in der Druckerei von Quandel. „Wir haben“, heißt es im „Typ.“ weiter, „im Corr.“ noch keine Hilfe gefunden, wo von irgend einem Verbandsvereine über die uns hier so tief ins Fleisch schneidende Sache oder deren Abhilfe energisch berichtet wurde.“ Daß dieses nicht geschieht, liegt erstens einmal daran, daß wir durch eine solche Berichterstattung keine Besserung dieser Verhältnisse erhoffen; zum andern, daß wir mitten in der Arbeit sind, gegen diese „tariftreuen“ Firmen vorzugehen, und drittens, daß wir die in Gumbinnen (wo der Bundesvater Herrmann haust und seitdem alles so ganz anders geworden, riesige Erfolge erzielt und tariflich alles bestens bestellt ist) für 15, 16, 50, 18 und 22 Mk. im gewissen Gelde und bei angeblich 32 Pf. im Berechnen von morgens 7 bis abends 7 Uhr ohne besondere Pausen Binnenden hierdurch nicht verteilen wollen, ihre fetten Pfriinden der verlassen. Hierdurch dürfte die auf den jetzt zitierten Satz folgende Frage besser und richtiger beantwortet sein, als dieses dem Z. zeichnenden Artikelschreiber gelungen ist. In welcher Weise seitens der Verbändler in Ostpreußen dieser Frage Aufmerksamkeit geschenkt wird, dürfte sich wohl noch vor Schluß des Jahres zeigen. Ob später der Bund auch die Courage hat, ähnliches zu leisten, bleibt nach seiner bis jetzt in dieser Angelegenheit tatsächlich „programmatischen Untätigkeit“ und der in Allenstein am 3. September dieses Jahres eingestandenen Unfähigkeit abzumarten. Die Behauptung, daß Verbändler zum großen Teile in der Provinz unter Tarif arbeiten, ist eitel Klunkererei, für die der „Typ.“ nicht in der Lage sein wird, Beweise beizubringen. Bei etwa 150 Provinzkollegen sind wir von mehr als 130 die Höhe bekannt und diese sind vollständig tarifmäßig. Wie sieht es aber damit bei den Bändlern in unsrer Gegend aus? — Soweit die Zuschrift. Damit ist wohl erwiesen, daß wir mit unsrer Notiz in Nr. 93 nicht zuviel über den Gutenbergbund und sein Verhalten in dieser Angelegenheit gesagt haben. Sollten aber wieder einmal Wunder und Zeichen geschehen und der Gutenbergbund sich zu Taten in dieser Frage aufschwingen, dann könnte bei dem Zusammenwirken von Tarifbehörden, Prinzipalorganisation, Verband und Gutenbergbund der arge Lehrlingswettbewerb und der leidigen Segetinnenfrage im Osten Deutschlands ein Ende gemacht werden.

Die Reichsdruckerei schloß für 1904 mit einem Weniger von 258000 Mk. gegen den Voranschlag ab. „Deutsche Buchkunst“ ist eine von Kunstgewerbevereine in Christiania arrangierte Ausstellung benannt. Der Deutsche Buchgewerbeverein hat die auf der Westausstellung in St. Louis angelegte Sammlung zur Verfügung gestellt. Das deutsche Buchgewerbe steigt also beim Auslande in immer höhere Achtung. Auf dem Schlachtfelde der Arbeit wurden in Deutschland in den Jahren 1886 bis 1903 an Opfern gezählt: 114770 getötete, 34885 völlig erwerbsunfähig gewordene, 645180 teilweise und 485057 vorübergehend erwerbsunfähig gewordene Personen. Im ganzen wären also 1279892 Menschen im Interesse des Kapitals zu Schaden gekommen, und zwar scheidet fast der zehnte Teil davon (149655) dauernd aus dem Produktionsprozesse aus, weil entweder getötet (114770) oder gänzlich unfähig (34885) zur weiteren Erwerbsarbeit geworden. Aber das sind noch nicht alle Opfer des Berufslebens. Die Baugewerks-, die Tiefbau- und die Seeverfsgenossenschaft sind in diesen Ziffern nämlich nicht mit aufgeführt, weil bei denselben die Zahl der Verstorbenen so schwankt, daß sich keine Berechnungen mit deren Zahlen anstellen lassen; weiter sind die landwirtschaftlichen Berufsvereine erst vom Jahre 1888 eingerechnet. Wir können in Wirklichkeit also zu einem noch unglücklicheren Ergebnis! Im Jahresdurchschnitt 1886/1902 entfallen bei den gewerblichen Berufsvereinen auf 1000 Verstorbenen 0,70 Getötete, 0,22 völlig, 3,35 teilweise und 2,04 vorübergehend erwerbsunfähig Gewordene. Die landwirtschaftlichen Berufsvereine verzeichnen 0,20 ge-

Fortsetzung in der Beilage.

Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Beilage zu Nr. 105. — Sonnabend den 9. September 1905.

Vorforschung aus dem Hauptblatte.

tötete, 0,05 tödlich, 1,55 teilweise und 1,37 vorübergehend erwerbsunfähig gewordene Personen. Das Gesamtverhältnis stellt sich folgendermaßen: Auf 1000 Versicherte kommen 0,40 Tote, 0,13 tödlich Erwerbsunfähige, 2,21 teilweise erwerbsunfähig Gewordene und 1,60 mit vorübergehender Erwerbsunfähigkeit. Da man die teilweise erwerbsunfähig gewordenen Personen mehr oder weniger als verkrüppelt ansehen muß, so wären über 800000 Lohnarbeiter so zu Schanden gekommen, daß sie als Invaliden anzusehen sind; im Jahre 1903 betrug diese Zahl allein 67882! Da nach einer uns vorliegenden Statistik die in den Jahren 1890 bis 1903 tödlich verletzten Personen in Deutschland (nach unten abgerundet) zwei Witwen bzw. Waisen hinterließen, so wären von 1886 bis 1903 über eine Viertelmillion Witwen und Waisen, nämlich 229540, ihres Ernährers beraubt worden. Das sind wichtige Zahlen, welche die nachstehenden und in nächster Nummer folgenden Ausführungen hoffentlich noch verständnisvoller machen werden.

Kein Denkmal der Arbeit wollen die Industrieharone in Mühlhausen (Elsaß) auf ihrem Rathausplatze dulden. Wir kommen erst jetzt auf diesen Vorfall zu sprechen, weil er uns in Verbindung mit den Notizen über die Opfer der Lohnarbeit und den Kosten der Arbeiterversicherung besser angeordnet erscheint. Der Gemeinderat genannter Stadt will also seinen Marktplatz mit einem Brunnen schmücken lassen. Das zu diesem Zwecke erlassene Preisanschreiben brachte aber kein befriedigendes Ergebnis. Man wandte sich deshalb durch Vermittlung eines Kunstverständigen an einen in Florenz lebenden deutschen Bildhauer namens Beer. Dieser lieferte einen Entwurf, welcher einen nur mit einer Schürze beseherten Erbarbeiter darstellte, der geknickt hinstand und die Schweiß von der Stirne wischt. Dieser Entwurf fand im vollen Maße den Beifall des Mühlhäuser Gemeinderates, und das Denkmal wurde diesem Künstler auch in Auftrag gegeben, der sich auch sofort an die Arbeit machte. Als jedoch die Großindustriellen von dem Projekte erfuhren, sandten sie sofort einen gefahrvollen Protest an die Regierung ab, um die ihnen mit der Verherrlichung des Arbeiters drohende Schmach abzuwenden. Und wirklich! Die Regierung verbot dem Gemeinderate in Mühlhausen die Ausführung des Arbeiterdenkmals. Leider hat dieser ungläubliche Vorfall in der Öffentlichkeit nicht die nötige Aufmerksamkeit gefunden. Das „Berliner Tageblatt“ schrieb zwar ganz verlegen: „Wir können unmöglich annehmen, daß sich die Sache so abgespielt hat. Die Gestalt eines Arbeiters kann bei vernünftigen Menschen sicherlich keinen Widerspruch hervorrufen, ob sie nun in der Kunst oder im Leben begegnet. Die Großindustriellen in Mühlhausen werden wohl andere Gründe für ihre ablehnende Haltung gehabt haben, und diese Gründe müssen sehr ernster Natur gewesen sein, da sie einen Protest an die Regierung veranlassen konnten. In jedem Falle wäre es gut, näheres über dieses sonderbare Ereignis zu hören; sonst kommt schließlich Deutschland, das Land der Denkmäler und der Arbeiter, noch in den Verdacht, daß die Regierung in ihm kein Arbeiterdenkmal dulden will“ — aber „näheres“ hat man doch nicht gehört. Warum sollten denn die Großindustriellen von Mühlhausen nicht in der Lage sein, ein so kraftvolles Wort einlegen zu können? Die belgischen Kapitalsproben haben es mit dem Meunierschen Denkmal der Arbeit ja ebenso gehalten! Die belgische Regierung ist dem Unternehmertum gewiß nicht weniger gefällig als die in Preußen-Deutschland, wo jeder vor dem Gehege gleich sein soll. Daß den Mühlhäuser Schloßjunkern eine Verherrlichung der Arbeit schwer auf die Nerven fallen könnte, ist wohl einzusehen. Der Arbeiter soll doch froh sein, wenn er beim Mehrverwertungschindens seine Knochen zu Markte tragen darf; nicht er, sondern der Unternehmer, welcher die größte Profitrate zu erzielen vermag, soll geehrt werden. Ein Arbeiterdenkmal? Fi donc! Das wäre ja ebenso entsehrlich als ein Heinrich Heine-Denkmal in Düsseldorf. Deshalb Lob und Preis der Weisheit der Regierung, die das Mühlhäuser Arbeiterdenkmal zu verhindern verstand!

Der Jahresbericht der hessischen Fabrikinspektion konstatiert für 1904 ein geringes Steigen der Löhne, da die wirtschaftlichen Verhältnisse sich gegen das Vorjahr im allgemeinen gebessert haben. Infolge der gedrückten Lage der Textil- und Lederindustrie wird aus dem Hauptbezirke Worms über Rückgang der Arbeiterzahl geklagt. Weibliche Arbeiter waren am meisten geschädigt; die Zahl derselben hat in der Altersklasse von 16 bis 21 Jahre absolut wie relativ erheblich zugenommen. Auch die jugendlichen Arbeiter sowie die Zahl der solche beschäftigenden Gewerbeanlagen hat nicht unbedeutend zugenommen. Hierbei wirkten verschiedene Umstände mit, so das Kinderschutzgesetz und die Einbeziehung der Maschinen der Konfektion unter die Gewerbeinspektion. In der Offenbacher Portefeilenindustrie ist die Lehrschriftwirtschaft ziemlich ausgeprägt. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften für jugendliche Arbeiter kamen häufig genug

vor. 588 Verstöße entfielen auf die Ausschänge und Verzeichnisse, 373 auf die Arbeitsdauer und 8 auf Nacharbeit. Bestraft wurden aber trotzdem nur 36 Unternehmer bzw. Vertreter derselben; in einem Falle mußte ein Fabrikant wegen mehrfacher Längerbeschäftigung von jugendlichen und Nacharbeit von erwachsenen weiblichen Arbeitern 1000 Mk. Geldstrafe bezahlen, sein Werkführer 135 Mk. Solche hohe Strafen für Uebertretung der Arbeiterschutzvorschriften sind aber nicht nur in Hessen äußerst selten, sondern überhaupt im Deutschen Reich. Der „Corr.“ hat ja schon vielfach von so milden Bestrafungen berichtet, daß die betreffenden Unternehmer noch ein ganz nettes Geschäft dabei gemacht haben Urteile wie das vorgenannte können allerdings Fabrikbesitzer, die nur dann die Gesetze achten, wenn es zu ihrem Vorteile ausschlägt, schon eher von ihrem gefekwidrigen Tun abschrecken. Von den Zuwiderhandlungen gegen den Arbeitermehrschutz betrafen 61 die Dauer der Beschäftigung, 62 die an Sonnabenden und 200 die an den Vorabenden von Feiertagen. Wenn trotzdem nur elf Personen bestraft wurden, so ist damit wieder bewiesen, wie so sehr milde die Uebertretungen der zum Schutze der Arbeiter geschaffenen Bestimmungen gehandelt werden, was selbstredend den Respekt der Unternehmer vor denselben nicht erhöhen kann. Bei dem Kapitel des Arbeitermehrschutzes stiegen wir noch auf die Klage, daß die der Konfektion und den Putzateliers zugestandenen 60 Ueberarbeitstage zum größten Teile auf den Sonnabend verlegt werden. Unsere Leser werden aus früheren Notizen wissen, daß mit dieser durch eine spätere Bundesratsverordnung erlassenen Klausel der für die Sonnabende und die Vorabende von Feiertagen vorgeschriebene frühere Arbeitschluß für diese Arbeiterinnen tatsächlich aufgehoben wird. Mit der Einhaltung der Schutzvorschriften für männliche Arbeiter sieht es natürlich nicht viel besser, namentlich in Gast- und Schankwirtschaften sehr stark gegen die Bestimmungen der Bundesratsverordnung gesunken. Die Gewissenlosigkeit in Restaurateurskreisen geht sogar soweit, die Gastwirtschaften zur Bestätigung in dem zu führenden Verzeichnisse anzuhalten, daß denselben die gesetzliche Ruhezeit gewährt wird. Das ist doch starker Tabak! Die Einhaltung der Bäderverordnung läßt mit Ausnahme von Mainz auch noch zu wünschen übrig. Die Einrichtung von Lohnbüchern in der Konfektion wird von den Unternehmern nicht günstig beurteilt, von den Arbeitern hingegen sehr gelobt. Damit ist bewiesen, daß die Lohnbücher im Interesse der Arbeiter liegen; im Jahresberichte wird darum deren Ausbehnung auch auf die Heimarbeit in der Portefeilenindustrie gefordert. Die zu verzeichnenden Lohnaufbesserungen kamen vielfach auf dem Wege der tariflichen Vereinbarung zustande, die Arbeitszeiterkürzungen zumeist auf die gleiche Weise. Der Inhaber einer Schuhfabrik stellte fest, daß durch die Einführung des Neunstundentages seine Betriebskosten sich um zehn Prozent vermindert haben! Von den 6573 revidierungspflichtigen Anlagen mit 67028 erwachsenen männlichen Arbeitern, 15938 Frauen, 8341 Jugendlichen und 60 Kindern unter 14 Jahren wurden 3414 Betriebe mit 66938 = 72,75 Proz. (1903: 69,6 Proz.) sämtlicher Arbeiter revidiert. Unfälle ereigneten sich 3349 gegen 3041 im Jahre 1903, auf 1000 beschäftigte Arbeiter entfielen somit 36 Unfälle, das war eine ansehnliche Steigerung. Es heißt in dem Berichte der Gewerbeinspektion ausdrücklich, daß ein unmittelbares Verschulden der Arbeiter nur in den wenigsten Fällen vorliegt, meist wird von den Unternehmern schon bei Betriebsneuanlagen in dieser Beziehung gesündigt. Daß die Unternehmer betrefis der für die Gesundheit und das Leben der Arbeiter erlassenen Vorschriften in ihren Ansichten stark von denen der Beamten abweichen, nimmt nicht Wunder, das liegt sozusagen in der Natur der Sache. Erfreulich ist jedoch, daß die hessische Gewerbeinspektion sich dadurch nicht betren läßt, sondern ihren Standpunkt dahin präzisiert: „Jedenfalls zeigt sich bei der Revision meist, daß diese nicht zahlreich genug sein können.“

In Schlesien stehen anscheinend größere Kämpfe den Textilarbeitern bevor. In Reichenbach haben nämlich die Weberbesitzer die Kündigung ihrer sämtlichen Arbeiter beschlossen, falls diese an ihren geringen Verbesserungen festhalten. — In Berlin werden partielle Zustände der Kohlenarbeiter eine allgemeine Aussperrung derselben zur Folge haben. — In Fürstenberg a. O. streiten die Fordern wegen Lohnreduktion. — Die Steinbrücker der Firma Herm. Schütz in Rheydt haben die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem bei beiderseitigem Entgegenkommen eine Verständigung erzielt war. Damit dürfte auch das bekannte Schabenerfabrikat (7044 Mk. sollten die 65 Steinbrücker bezahlen), welches noch einer Beurteilung durch das Landgericht unterzogen werden sollte, hinfällig werden. — Die Kölner Dachdecker und Baukumpen haben sich ebenfalls mit ihren Unternehmern über den Streitpunkt geeinigt. — Der Streik der Maurer in Zittau ist nach fünfzehn Wochen teilweise zugunsten der Ausständigen verlaufen. — Die

Tischler in Göttingen erzielten mit ihrem Ausstände eine sechsprozentige Lohnerrhöhung und eine Verkürzung der Arbeitszeit. — Die Leipziger Ristenbauer beendeten nach kurzer Dauer ihren Streik, da die Unternehmer in den Hauptpunkten nachgaben. — Die in voriger Nummer gemeldete Ausperrung in der Nähmaschinenfabrik von Seidel & Naumann in Dresden ist inzwischen aufgehoben und die Arbeit von allen, auch den streikenden Schleifern, wieder aufgenommen worden. Die Direktion, welche mit einer Vertretung des Metallarbeiterverbandes nicht verhandeln wollte, mutete aber dem Arbeiterausschusse zu, mit einer Deputation des Verbandes der Metallindustriellen zu verhandeln! Diese Begriffsverwechslung brachte selbstverständlich die Arbeiter so in Harnisch, daß ein Verhandeln mit dieser Deputation rundweg abgelehnt wurde. Bei den dann stattfindenden Verhandlungen zwischen der Direktion und dem Arbeiterausschusse, die sich vollständig nach den Intentionen des Metallarbeiterverbandes gestalteten, wurde dann in den strittigen Fällen eine Einigung erzielt. Auf die Frage, was mit den Arbeitswilligen werden solle, antwortete die Direktion: Die alten Schleifer sollten den eingesperrten erklären: „Lieber Freund, hier ist mein Platz, geh' weg“, das andre werde die Fabrikleitung schon erledigen. Der Hochmut der Firma hat sich also schnell gelegt, die noch recht eigenartigen Auffassungen über das Recht der Organisation, vermittelnd einzugreifen, werden auch bald gegünderten weichen müssen.

Eine Konferenz der Lehrer in Laibach beschloß wegen der Verschleppung der Gehaltsregulierung den sofortigen (!) Streik aller Lehrer in Krain. — In Rußland sollen die Berufsverbände der Ärzte, Juristen und Ingenieure einen allgemeinen Ausstand vorbereiten, falls die Regierung auf die Forderungen der Rede-, Preß-, Versammlungs- und persönlichen Freiheit nicht antwortet. Es wäre also ein rein politischer Ausstand. Was daraus wird, steht dahin. Im Kaukasus rufen schon wieder die jarrischen Bluthunde, um die Flamme der Empörung gegen die Behandlung des Volkes zu erlöden. Das ist der „Friede“ im Innern des „heiligen“ Rußland! Gingänge.

Als Heft III der „Technischen Mitteilungen“ hat die Zentralkommission der Maschinenmeister Deutschlands ein neues Werkchen herausgegeben: „Die Farben und ihre Töne“, von Wilhelm Ehler. Das Heft untercheidet sich von den beiden ersten schon in dem größeren Oktavformat, jedoch will uns der sein gedruckte und geprägte Umschlag zu einem Handbuche für den täglichen Gebrauch nicht geeignet erscheinen. Der textliche Inhalt ist, recht vollständig und leicht verständlich die Theorie der Farben behandelnd, auf 23 Seiten untergebracht, bei welchen aber die verschiedenartigen Umrandungen die Einseitigkeit fördern. Auf sechs Tafeln sind dann 42 Farben je viermal mit Titeln in bestimmtem Verhältnis aufgestellt, so daß sich 168 weitere Töne ergeben. Die einzelnen Farben sind in hochgeprägte Röhmdchen eingebracht und jede Tafel mit zweifarbiger Umrandung geschmückt. Ein Vorteil muß für den Erwerber des Heftes herauspringen, wenn er auf Grund der angegebenen Beispiele Selbstversuche im Mischen anstellt, denn grau ist bekanntlich alle Theorie. Wir wünschen dem Heft schon der angewendeten Mühe und des billigen Preises (1,50 Mk. einschl. Porto) halber besten Erfolg. Bestellungen nimmt entgegen: F. Flüßing, Berlin SW 11, Schönebergerstraße 23, 1. Duergeb.

Aus der Praxis des Mehrfarbigen-Illustrationsdruckes, von Artur Schneider (Vorleiter des Maschinenmeisterklubs St. Gallen). Zweite Auflage. Herausgegeben von der Zentralverwaltung des Schweizerischen Buchdruckmaschinenmeisterverbandes. Preis einschl. Porto 60 Pf., bei 50 Exemplaren à 57½ Pf., bei 100 Exemplaren à 55 Pf. Deutsche Besteller wollen sich an den Kollegen Karl Gutzig in Konstanz, Vogelmannstraße 12, p., wenden. — Dieses 40 Seiten umfassende Heftchen will nicht die neuen und neuesten Erscheinungen behandeln, will nicht in die Mythen des modernen Reproduktionsverfahrens sich verlesen, sondern — wie der Verfasser selbst sagt — „es soll das besprochen werden, was für den Anfänger in diesem Verfahren zu wissen von grundlegender Bedeutung und zwingender Notwendigkeit ist“. Aber gerade aus diesem Grunde empfiehlt sich die Anschaffung dieses Bademeccums den strebenden, nach Weiterbildung drängenden Kollegen von der Maschine angelegentlich. Es sei hierbei noch auf das Inerat in Nr. 104 des „Corr.“ verwiesen.

Gestorben.

In Altenburg (S.-A.) am 4. September der Gelehrte Hans Steinert, 25 Jahre alt.
In Bremen am 3. September der Buchdruckereibesitzer Johann D. Brühl, 66 Jahre alt.
In Lubau bei der Druckereifabrik Heinrich Glos.
In Dresden der Buchdruckereibesitzer Erasmus Leopold Jonas.

In Frankfurt a. M. am 27. August der Buchdruckerbesitzer Moriz Eduard Reiss, 72 Jahre alt; am 28. August der Seher Jean Knoblauch aus Henburg, 44 Jahre alt — ertrunten.

In Hannover der Seher Fritz Wüsthoff, 30 Jahre alt — schwere Blutarmut (Milchsüchewellung).

In Kaspau am 28. August der Seher Leopold Klein — erstickt.

In Schweinfurt am 30. August der ehemalige Buchdruckerbesitzer Franz Josef Reichardt, 72 Jahre alt.

In Stuttgart am 30. August der Kgl. Hofbuchdruckerbesitzer Karl Hammer, 71 Jahre alt.

In Troppau am 28. August der Buchdruckerbesitzer Adolf Drechsler, 37 Jahre alt.

In Wien am 20. August der Seher David Karl Scheitler, 41 Jahre alt; am 25. August der Drucker Josef Kminek, 31 Jahre alt; am 26. August der Seher-invalide Leopold Schwichowetz von da, 71 Jahre alt — Schlaganfall; am 27. August der Buchdruckerbesitzer Theodor Heyer, 64 Jahre alt.

In Würzburg am 26. August der Buchdruckerbesitzer Nikolaus Seubert.

Erziehungen.

W. W. C.: Das geht über unsern Horizont. Am besten wäre es, Sie würden sich bei einem tüchtigen Fachmann in jenem Gewerbe erkundigen, denn wenn uns auch sonst dieser Beruf nicht fremd ist, in seine intimen Verhältnisse sind wir noch nicht eingedrungen. Wir glauben aber kaum, daß Ihr Kapital dazu ausreichend ist. Auf jeden Fall ist hier auch viel Glückssache dabei. — D. W., L.: Geht auf keinen Fall. Im nächsten Jahre vielleicht. — S. H. in Gießen: 2,45 Mk. — W. P. in Bochum: 85 Pf. — E. R. in Charlottenburg: 2,05 Mk. — Schr. in Essen: 2,05 Mk.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5, III.

Buchdrucker-Verein in Hamburg-Altona. Die nächste Vorstandssitzung findet Mittwoch den 13. September, 9 Uhr abends, im Vereinslokale (M. Franzen), Michaelisstraße 46, statt.

Bezirk Liegnitz. Die diesjährige Ordentliche Bezirksversammlung findet Sonntag den 22. Oktober in Haynau statt. Anträge sind bis zum 28. September an den Kollegen P. Jänich, Liegnitz, Friedrichstraße 17, einzureichen. Die Tagesordnung wird den Mitgliedern durch Zirkular bekannt gegeben.

Bezirk Magdeburg. Die diesjährige Herbstbezirksversammlung findet Sonntag den 22. Oktober in Magdeburg statt. Anträge sind bis zum 1. Oktober an den Kollegen Paul Dutke, Gracau bei Magdeburg, einzuliefern.

Bezirk Weitz. Die nächste Bezirksversammlung findet am 22. Oktober in Eisleben im „Mansfelder Hof“ statt. Anträge sind bis spätestens den 9. Oktober an Alwin Jahn, Albrechtstraße 5, einzureichen.

Darmstadt. Die Seher Edmund Wand aus Kalbe, Emil Wölfer aus Bienenrode sowie der Seher Georg Dimbe aus Dahme, welche ohne Buch abgereicht sind, werden hierdurch aufgefordert, innerhalb 14 Tagen ihren Verpflichtungen nachzukommen, andernfalls Antrag auf Ausschluß gestellt wird.

Karlsruhe. (Maschinemeisterverein.) Das Reisegeld an konditionlose Kollegen wurde in der Mitgliederversammlung vom 2. September aufgehoben.

Stuttgart. Der bis zum 19. August in Göppingen in Kondition gestandene Seher Ernst Nowacki aus Dranienburg wird ersucht, den restlichen Beitrag vom

12. bis 19. August mit 1,50 Mk. alsbald an Karl Knie, Jakobstraße 16, part., einzuliefern, im entgegengekehrten Falle sein Quittungsbuch reklamiert werden wird.

Woffen. Der Seher Max Haase aus Fürstenthalde a. Spree, angeblich in Trebbin in Kondition, wird hiermit aufgefordert, sofort seine Reste zu begleichen, andernfalls Ausschluß erfolgt.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Dortmund die Drucker 1. Julius Schneider, geb. in Dortmund 1886, ausgel. das. 1905; 2. Arthur Budde, geb. in Dortmund, ausgel. das. 1903; waren noch nicht Mitglieder. — Aug. Schippers in Dortmund, Braunschweigerstraße 27.

In Erfurt 1. der Maschinenseher Albert Schmidt, geb. in Erfurt 1874, ausgel. das. 1892; war schon Mitglied; 2. der Seher Theodor Wiedermann, geb. in Erfurt 1877, ausgel. das. 1896; war noch nicht Mitglied. — In Sulz der Seher Gustaf Thorwarth, geb. in Schmalkalden 1881, ausgel. das. 1900; war noch nicht Mitglied. — R. Stange in Erfurt, Moltkestraße 20.

In Pfungstadt der Seher Franz Kühn, geb. in Pfungstadt 1886, ausgel. das. 1904; war noch nicht Mitglied. — P. Hilbebeutel in Darmstadt, Arheilgerstr. 58.

Arbeitslosenunterstützung.

Stuttgart. Die Herren Verbandsfunktionäre werden ersucht, den auf der Reise befindlichen Seher Martin Weiß aus Lissa-Böe (Ungarn 2020, II.) zu veranlassen, die erhaltenen zwei Bücher der Stuttgarter Gewerkschaftsbibliothek alsbald an Karl Knie, Jakobstraße 16, part., einzuliefern oder Mitteilung über den Verbleib der Bücher zu machen.

Kollegen werden gebeten, mir einen Ort zu nennen, in welchem sich die Gründung einer Zeitung rentieren würde.
E. Post, Dierode (Harz). [694]

Zunger, tüchtiger

Zeitungsseher

im Inseratenfache bewandert und im Abzählfache nicht unerfahren, in der tarifmäßige Stellung. Werte Offerten unter Nr. 705 an die Geschäftsstelle d. W. erbeten.

Tüchtiger

Maschinenmeister

in allen vorkommenden Arbeiten firm, wünscht sich in dauernde Kondition zu verändern. Leipzig bevorzugt. Werte Offerten unter „Buchdrucker 16“ hauptpostlagernd Halle a. S. erbeten.

Technikum für Buchdrucker

Bildungsstätte für jüngere Buchdrucker und Söhne von Buchdrucker-Besitzern, welche sich allseitige technische Bildung aneignen wollen, um den Anforderungen, welche die Neuzeit an den Faktor oder den Leiter einer Buchdruckerei stellt, gerecht werden zu können. Geübten, welche diesen Kursus mit Erfolg absolviert haben, werden ev. Stellen nachgewiesen. Prospekte sowie Lehrpläne durch die Geschäftsstelle, Leipzig-R., Senefelder-Strasse 15.

Aschersleben. Heute Abend: Wichtige Tagesordnung. Der Vorstand.

Stereotypen u. Galvanoplastiker!

Die Kollegen werden im eignen Interesse wiederholt darauf aufmerksam gemacht, bei Konditionsangeboten nach Berlin immer erst Erkundigungen einzuziehen beim Vorstehenden E. Schellbach, Tempelhofer Berlin, Friedrich Wilhelmstraße 15. [606]

Dresden. Buchdruck-Verband. Dresden. Sonnabend den 16. September:

Exkursion — in die Papierfabrik von — Kaufe & Gummann, Seidenau.

Abfahrt vom Hauptbahnhof 5 Uhr 50 Min. nachmittags. Diejenigen Mitglieder, welche sich an dieser Exkursion beteiligen wollen, müssen dies bis spätestens Mittwoch, 13. Sept., beim Kollegen Horn, Schmiedegäßchen 2, III., durch Postkarte anzeigen. Der Vorstand. [708]

Ausnahmeangebot bis 30. September 1905.

Stutenbergblätter, 13 1/2 cm hoch, 50 Pf.; 2 Stück 75 Pf.; Porto u. Verpackung 50 Pf.
Stutenbergblätter, 32 cm hoch, 50 Pf.; 2 Stück 1,20 Mk.; Porto u. Verpackung 4 Mk. für 3 Mt.; Porto 50 Pf., Höhe 50 Pf.
Stutenberg in seiner Verkleidung, Kunstblatt in Mattschwarz. Bildgröße 24:17 cm, Papiergröße 40:32 cm à 1 Mt., 2 Stück 1,50 Mk.; Porto 10 Pf., Höhe 10 Pf.
Wandspinn „Gott grüß die Kunst“ 3. Aufl. Blumenarrangement in Chronostichographie u. Spruch in Goldschmiedearbeit. Größe 34:17 cm, 30 Pf., 2 Stück 1,20 Mk.; Porto und Verpackung 15 Pf. [710]

Graphische Verlagsanstalt, Halle a. S.

Reellste und billigste Zigarrenbezugsquelle! — Zahlreiche Anerkennungen!

Nachbestellungen und Anerkennungen aus dem In- und Auslande bewelsen die Güte und Preiswürdigkeit der Fabrikate.



Medalla, milde Kaffeezigarre, 100 Stck. Mk. 2,40 | San Carlos, Deli . . . 100 Stck. Mk. 3,75
Aida, 5-Pfennigzigarre, 100 Stck. „ 3,- | Amirola, 6-Pfennigzigarre 100 „ „ 4,-
Feuerwehr, milde Regalia, 100 Stck. „ 3,50 | Soto, Vorsteland, Felix und Mexiko „ „ 4,-

Nicht unter 100 Stück von einer Marke — 300 Stück franko unter Nachnahme. — Nichtkonvenientes nehmen zurück. — Preisliste franko.
Czollek & Geballe, Zigarren-Fabrik, Engros-Lager, Berlin C., Spandauer Brücke 7, 1 Tr. Köln Loden! Nur 1 Trepp!
2tes Haus vom Harkenschen Markte. Telephone: Amt III, Nr. 1939.

„Das Werk kann mit Ueberzeugung jedem Kollegen aufs Wärmste empfohlen werden und vor allem sollte es in keiner unserer Bibliotheken fehlen!“

Ein Universalhausatz

menschlichen Geisteslebens.

Ein Lebenspiegel. Eine Fundgrube von Gedanken aus dem Bereiche der Natur, des Lebens und der Kunst. Eine Quelle der Anregung für Geist und Gemüt. Gedanken, Anschauungen und Betrachtungen über Natur und Leben, über Kunst und Wissenschaft in Aussprüchen von Dichtern, Philosophen, Künstlern, Schriftstellern und aus dem Volksmunde, als Beiträge zu einer Lebenslehre von Professor Herm. Ritter. 2 reich ill. Prachtbde. in Lexikonformat mit 1300 S. Text, 2 Doppel-, 34 Voll-u. 123 Textbildern à 12 Mk. Max Schmitz, Verlagsb., Leipzig-R. 90



Corr. f. D. B. No. 94, 1905.

Ausführl. Prospekt gratis!

In der Tat, die Lebensweisheit, die hier Hermann Ritter, ein rühmlichst bekannter Gelehrter, auf Grund jahrzehntelanger Studiums und Sammelns mit verschwenderischer Hand, aber mit feinem Sinn uns übermittelt, ist das höchste Lebensgut des Menschen, ist „wahre Weisheit, Weisheit des Wissens und Handelns“. Der befriedigende Grundgedanke des umfassend angelegten Buches ist ein Humanismus, der von der allgemeinen Wahrheit ausgeht, dass alle Menschen Kinder eines gemeinsamen Schöpfers sind. Der „Odd-Fello“ 1905 No. 17 vom 1. September 1905. Hunderte ähnliche Urteile! Auch gegen monatliche Teilzahlung von 2 Mark bei sofortiger kompletter Lieferung zu beziehen.

M.-K. Giessen.

Von Samstag den 9. bis Montag den 11. September:

Sechstes Stiftungsfest.

Samstagabend „Stadt Kassel“, Sonntag „Felseneller“, Montagabend „Stadt Kassel“.

Hierzu werden alle in- und ausländischen Kränzler freundlichst eingeladen.

Der Vorstand. [707]

Maschinenmeister-Verein Hamburg-Altonaer Buchdrucker.

Sonnabend den 9. September, abends punkt 9 Uhr, im Vereinslokale, Gastwirtschaft K. Böhmig, Großneumarkt 50:

Monatsversammlung.

Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Kassenbericht; 3. Lokalfrage; 4. Technisches; 5. Verschiedenes.

Im recht pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand. [696]

Tabakarbeiter-Genossenschaft Hamburg 6.

In Preise von 31 bis 170 Mk. pro Mille. — In Vorsteland-, Su-matra- und Havana-Zigarren. Preislisten stehen zur Verfügung.

Großes Vereinszimmer

(bis 120 Personen) für Herkatterversammlungen und Vereine. Vorzügliche Speisen u. Getränke.

Wilh. Burg [307]
Berlin, Lindenstraße 3, 2 Hof parterre.

Herzlichen Dank

allen werten Kollegen, die uns durch Ueber-sendung von Glückwünschreiben usw. anlässlich unsers 25jährigen Verbandsjubiläums erheit haben. [711]
Eisen (Ruhr), 5. September 1905.
Fr. Koch, Ch. Schürers.

Hans Steinert.

Am 4. September verchied nach längerem Leiden im 26. Lebensjahre unser lieber Kollege, der Setzer [716]
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Ortsverein Altenburg.

Todes-Anzeige.

Am 8. September verschied nach langem schweren Leiden unser lang-jähriges Mitglied, Herr Buchdruckerbesitzer [712]

Johann D. Pröhl

im Alter von 66 Jahren.
Sein humaner Sinn sichert ihm ein ehrendes Andenken.
Bremer Buchdruckerverein.

Theodor Grevé

Am 2. September verschied nach kurzer Krankheit unser wertes Mitglied, der Setzer im Alter von 77 Jahren.
Der Bezirksverein wird das Andenken des Verstorbenen in Ehren halten!
Strassburg i. E., 6. Septbr. 1905. [709]
Der Bezirksvorstand.

Technik der bunten Abziden.

Kth. Härtel in Leipzig R. — 3,50 Mk.